

Juso-Bezirk Hannover

Diskussionsbeitrag für ein Arbeitsprogramm

Vorgelegt von: Juso-Unterbezirk Göttingen

5 **Neue Zeiten – Stoppt Schilys und Stoibers**

Analyse

10 **Der 11.09.2001 und die Folgen – Die Politik ist gefragt!**

Die weltpolitische Lage hat sich in den letzten Monaten grundlegend geändert. Der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 mag der Wendepunkt der Weltpolitik hin zu mehr Gewalt sein. Diese professionell organisierte Tat und das neuentdeckte Verschicken von Briefen zur Verbreitung von Milzbrandernregern zeigen die Verwundbarkeit der hochtechnisierten Welt. Der 11. September hat nachhaltig bestätigt, dass zur Erzielung von verheerenden Wirkungen weder Exotische Methoden noch Hochtechnologie nötig sind. Die Folge von berechneten Absturzmanövern und an verwundbare Stellen verschickte Milzbrand-Erreger ist nicht nur der individuelle Tod, sondern vor allem eine Massenpanik, die den größten Teil der Regierungsarbeit lahm legen kann und die Evakuierung der Zentren Washingtons, New Yorks und anderer bedeutender Städte erzwingt. Die psychologischen und politischen Auswirkungen eines solchen Ereignisses lassen sich nicht so sehr an der Zahl der Opfer als vielmehr an der Unvorhersehbarkeit und der Dramatik des Angriffs messen. Solange die an den Anschlägen beteiligten Organisationen anonym bleiben, eskalieren Angst und Panik.

Der zivile und militärische Flugverkehr werden nach dem 11. September 2001 nicht mehr so durchgeführt werden können wie zuvor. Kommunikation, Mobilität und Finanzverkehr - drei zentrale Momente der westlichen Welt - waren und sind durch diese Anschläge deutlich beeinträchtigt: Telefonverkehr und Internet sind aufgrund der Überlastung zum Teil zusammengebrochen und die Finanzmärkte haben nach dem ersten Schock neue Börsenlieblinge entdeckt: die Kurse der Rüstungsfirmen und der Ölmultis steigen.

Die Angriffe haben deutlich gemacht, dass es keinen wirksamen Schutz gegen terroristische Anschläge geben kann. Jede noch so hochmilitarisierte Gesellschaft wird terroristische Anschläge nicht verhindern können. Der politische Dialog über die Unterschiedlichkeit von Kulturen und die gegenseitige Akzeptanz ist notwendig, um ein Klima der Toleranz und demokratischen Kultur zu schaffen, welches präventiv wirken kann.

In dem Moment der Unberechenbarkeit von weiteren Konsequenzen, die sich aus den Reaktionen auf diese Angriffe ergeben können, ist die Politik gefragt. Sie muss vorausschauend und besonnen handeln. Jede vorschnelle pauschale Verurteilung von Gruppen oder Staaten ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Spekulationen helfen nicht weiter und eine Beteiligung an ihnen ist nicht ratsam. Auch wenn es

schwer fällt: bei der Verurteilung müssen für die Attentäter die selben rechtsstaatlichen Kriterien gelten wie für alle andern Straftäter auch.

5 Die Suche nach den Tätern und Hintermännern nahm zum Teil hochproblematische Formen an, welche schnell zu Vorverurteilungen führten. Die Fakten und Hintergründe, die die Spur auf Osama bin Laden richteten, sind nur den Regierungen zugänglich gemacht worden. Zwar ist für den Gegenschlag der „Anti-Terror-Koalition“ in Afghanistan durch den Beschluss des UN-Sicherheitsrats völkerrechtlich eine Voraussetzung erfüllt, dennoch muss gefragt werden, ob der Angriff in diesem Umfang auch legitim ist. Ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates allein kann für uns keine politische Rechtfertigung sein. Wie wenig Vergeltung in der Praxis nützt, wurde wiederholt veranschaulicht und zeigt sich im Nahen Osten Tag für Tag. Wer auf Terrorismus setzt, orientiert sich nicht an einer pragmatischen Abwägung möglicher Belohnung oder Bestrafung. Wie die Israelis feststellen, führt es zu weiteren Martyrien, wenn man seine Feinde zu Märtyrern macht.

20 Unabhängig davon bleiben eine Reihe von Fragen offen in Bezug auf die Anschläge vom 11.9. und in der Folge dessen: Die Frage, was jemanden oder eine Gruppe dazu bringt, solche Anschläge durchzuführen, muss gestellt werden. Auch muss die Frage erlaubt sein, warum gerade die USA (und dort gerade das World Trade Center und das Pentagon) Ziel dieser Anschläge geworden sind. Sollte Osama Bin Laden hinter diesen Anschlägen stecken, muss kritisch angemerkt werden: Die US-Regierung hat ihn und seine Komplizen über Jahre hinweg finanziert und ausgerüstet, um ihn im Sinne der USA gegen die Invasion der Sowjetischen Armee in Afghanistan kämpfen zu lassen. Ähnliches gilt für die Unterstützung von Saddam Hussein durch die USA und für andere Gruppen, die früher "nützlich" erschienen. Nicht erst jetzt zeigt sich, dass die einst herbeigerufenen Zauberlehrlinge nicht mehr beherrschbar sind und sich gegen ihre einstige Ziehväter wenden. Es muss endlich Schluss sein mit einer doppelbödigen Moral in der internationalen Politik, Attribute "gut" und "böse" je nach aktueller Weltlage oder Opportunität verteilt.

Die innenpolitischen Folgen der Anschläge

35 Die innenpolitische Situation in den USA wird sich stark verändern. Aber auch das innenpolitische Klima in Deutschland könnte sich enorm verschärfen. Repressionen gegen Menschen bestimmter Herkunft und eine Isolation derer, die berechtigte Kritik an der Politik der US-Regierung haben, sind zu befürchten. Jetzt werden viele diese Anschläge für ihre Politik instrumentalisieren. Es werden Forderungen einer weiteren Stärkung von Polizei und Militär laut. Dabei darf nicht vergessen werden, dass ein Abbau wirtschaftlicher Ungleichheiten in der Welt wesentlich präventiver sein würde. Immer noch ist die im Vertrag von Rio 1992 zugesagte Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 0,7% des Bruttonationalprodukts durch die Länder des Nordens nicht realisiert. Auch die Rot-Grüne Bundesregierung entfernt sich trotz eindeutiger Sprache im Koalitionsvertrag eher von diesem Ziel und unterläuft die schon niedrigen Margen der Vorgängerregierung.

Die Feststellung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrages hat neben der außenpolitischen Wirkung auch unmittelbare innenpolitische Folgen in der

Bundesrepublik. Es wird erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik automatisch ein Teil der heiklen Notstandsgesetze von 1968 in Kraft gesetzt. Eine praktische Bedeutung haben sie gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Bündnisfall (noch) nicht.

5

Politik muss besonnen reagieren. Sie darf nicht unter dem Eindruck des Terrors bürgerliche Freiheitsrechte im Namen der Freiheit einschränken. Dabei sind wir uns bewusst, dass die groß erklärte Freiheit, die Globalisierung, zumeist nur eine Freiheit mit sich bringt: Die Freiheit des Handels und nicht etwa die der Menschen und des Handels. Eine Freiheit, die nicht auch für die Bevölkerung gut ist, können wir nicht mittragen.

10

Es gibt die üblichen Sicherheitsvorkehrungen, die getroffen oder verbessert werden können, aber Angriffe, die mitten aus den gewöhnlichen Funktionen der Gesellschaft heraus geführt werden, implizieren, dass keine umfassende oder endgültige Verteidigung existiert. Die gesamte Geschichte des Terrorismus sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert liefert den Beweis. Fazit: Es bedarf einer Politik, die den Terrorismus wirksam bekämpfen und eindämmen will. Dafür muss ihm der soziale, politische und ideologische Nährboden, in dem er gedeiht, entzogen werden. Ein Klima des Hasses und der Intoleranz und eine Politik, in der Gewalt mit Gegengewalt und Gegengewalt mit neuer Gewalt beantwortet wird, bereitet auch den Boden für neue Terrorakte. Dem Terrorismus durch zivile Maßnahmen und durch die Stärkung des Rechts und der Gerechtigkeit den Boden zu entziehen, ist langfristig das bessere Mittel als der Gedanke an Rache und militärische Vergeltung.

15

20

Globalisierung, Bewegung und Veränderung

Die Anschläge von New York verstärken den Blick auf die Entwicklung der Welthandelsbeziehungen, die unter dem Schlagwort der Globalisierung gegenwärtig die internationale Wirtschaftspolitik dominieren. Die Indikatoren zeigen dabei, dass die Internationalisierungsstrategien von Konzernen keineswegs eindimensional verlaufen, vielmehr ist zu unterscheiden zwischen der produktionsorientierten Internationalisierung und der reinen Internationalisierung von Kapital. Beide Tendenzen verlaufen weitgehend unabhängig voneinander. Zudem sind Prozesse der Internationalisierung sehr stark innerhalb großer Wirtschaftsräume anzutreffen. Unabhängig davon, dass eine sehr differenzierte Betrachtung dieser Entwicklung nötig ist, formiert sich gegenwärtig eine sehr heterogene Bewegung gegen die sozialen und ökologischen Folgen einer Politik, die Freihandel und freien Kapitalismus predigt und fördert und dies zugleich als ökonomischen (quasi vom Himmel gefallenen) Sachzwang darstellt. Die Botschaft lautet: TINA – "There is no alternative", was Margret Thatcher am Ende ihrer Reden zu sagen pflegte.

30

35

40

Bereits die Proteste beim Weltwirtschaftsgipfel Seattle 1999 hatten einen Nerv getroffen. Erstmals waren die Globalisierungskritiker in der Lage, ihren Protest bemerkbar zu machen und wenigstens symbolisch dem herrschenden Neoliberalismus von G7 bis WTO etwas entgegenzusetzen. Der Gipfeltreff von Macht und Mensch in Genua aber dürfte in seiner Symbolkraft nicht mehr zu überbieten sein. Die sieben mächtigsten Staatsführer der Welt festungsartig verschanzt auf

einem Kreuzfahrtschiff, während sich das Polizeienheer des Ansturms der globalen Pariakaste erwehrt.

Die Krise der Ökonomie und Legitimation, in die der real existierende Kapitalismus geraten ist, ist unübersehbar geworden. Ausdruck dieser Krise sind sowohl die Erschießung Carlo Giulianos als auch die Erstürmung der Diaz-Schule, bei denen sich Vergleiche zu chilenischen Verhältnissen aufdrängt. Spätestens mit den Berichten über die Gewalteskapaden der italienischen Carabinieri hat sich der Eindruck vieler Unvoreingenommener gewandelt.

Ausdruck dessen und des Anwachsens der Bewegung zeigen sich an der schnell wechselnden Beurteilung der Bewegung durch die Bundesregierung. Aus "Krawalltouristen" (Schily) wurden "engagierte Jugendliche, die nicht nachlassen, uns zu ermahnen, dass auch wirtschaftliche Entwicklung in großen Dimensionen einen sozialen Sinn haben muss" (Schröder). Ursache für das Umdenken der Bundesregierung war auch und gerade die Hofierung der GlobalisierungskritikerInnen durch etablierte Feuilletons sowie deren Einfluss auf die Politik. Mit der prompt folgenden Unterstützung durch den Bundespräsidenten hat die neue Bewegung in erstaunlicher Kürze dann auch ein amtliches Gütesiegel erlangt.

Fraglich ist, wohin die Bewegung steuert. Gerade eine Gruppierung wie Attac muss sich der Gefahr erwehren, als bloße „Ein-Punkt-Bewegung“ zur Einführung der Tobin-Steuer wahrgenommen zu werden. Genua hat gezeigt, dass es um wesentlich mehr geht, nämlich um die Frage einer Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Innerhalb des Spektrums, welches die Proteste und Attac ideell, politisch, grundsätzlich oder parteill unterstützt, findet sich eine sehr große Vielfalt von Positionen und Ansichten zur Globalisierung.

Sand ins Getriebe der Spekulation - die Debatte um die Tobin-Steuer

Im Zuge der Debatte um die Konsequenzen aus Genua ist insbesondere die Tobin-Steuer in eine breite öffentliche Wahrnehmung getreten. Sie könnte ein erster Schritt zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte darstellen. Durch die Besteuerung von Devisenumsätzen werden rein spekulative Kapitaltransaktionen unrentabel. Diese tragen dazu bei, dass Wechselkurse eher durch die kurzfristigen Erwartungen der Spekulation als durch die ökonomischen Fundamentaldaten bestimmt werden. Dies ist eine Ursache für die Bildung von spekulativen Blasen, die sich in Finanzkrisen entladen können - mit katastrophalen Auswirkungen auf Armut und Beschäftigung, wie die Asienkrise 1997/98 eindrücklich gezeigt hat. Die erwarteten 150 Mrd. US-Dollar Einnahmen aus der Tobinsteuer sollen für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Die Tobin-Steuer kann jedoch nur ein erster Baustein zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte sein. Weitere Schritte wie die Schließung von Steueroasen, die Stabilisierung der Leitwährungen durch Zielzonensysteme, der selektive Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen oder eine Stärkung der Börsen- und Bankenaufsicht müssen folgen.

Die Bundesregierung verhält sich unschlüssig zur Tobinsteuer. Der in Niedersachsen wohl bekannte Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Tacke, verkündete, niemand in den Industrieländern wolle die Tobin-Steuer. Nach positiven Signalen von

der französischen Linksregierung sah sich auch Bundeskanzler Schröder zu einer deutlich positiveren Stellungnahme veranlasst.

5 **Die Politik der ruhigen Hand**

Auf ihrem Linkswende-Bundeskongress 1969 haben die Jusos im Beschlusspapier "Aufgabe und Zustand der SPD" der ersten sozialdemokratisch geführten Bundesregierung "falsch verstandenen Pragmatismus" vorgeworfen. Dies bezog sich
10 damals auf die Abkehr von einer weitergehenden (sozialistischen) Wirtschafts- und Gesellschaftsreform bzw. auf Tempo und Qualität der einzuleitenden Reformschritte. Kritik an der Rot-Grünen Bundesregierung heute muss an der Frage ansetzen, ob die Sozialdemokratie überhaupt noch den Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung hegt. So wird der Pragmatismus-Begriff instrumentalisiert, um jedweden Anspruch
15 auf eine sozialdemokratische Politikalternative als Ideologie zu diffamieren. Allein schon der Gegensatz Pragmatismus vs. Ideologie ist Unsinn, da immer eine bestimmte ideologische Weltsicht vorherrschend ist.

Die Rot-Grüne Bundesregierung agiert auf Basis der Dominanz marktliberaler Sichtweisen und trägt damit auch zur ihrer Legitimation bei. Sozialdemokratische
20 Politik der Neuzeit bedeutet professionelles Managen des Kapitalismus und ist daher auch eine Angelegenheit für Manager und nicht für Träumer, Ideologen, Bewegte oder sonstige Irre, so die Botschaft.

Damit aber bewegt sich die Sozialdemokratie in die strategische Sackgasse. Nachdem
25 sie sich während der Kohl-Ära - zuletzt mit dem Begriff des "Politikwechsels" - stets als die wichtigste politische Alternativkraft angeboten hat, erweckt sie nun den Eindruck, eben diesen nicht mehr ernsthaft zu verfolgen. Uns ist durchaus bewusst, dass eine neue Regierung nach 16 Jahren konservativer Politik und einer entsprechenden "Formatierung" der Eliten in Wirtschaft und Medien den Neuanfang
30 nicht im Hauruck-Verfahren, sondern nur schrittweise und widersprüchlich realisieren kann. Dennoch braucht ein politischer Neuanfang Ernsthaftigkeit und Orientierung, um Jugendliche wieder an Politik heranzuführen.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit offenbart die auch unter SPD-Führung nicht
35 wegzuleugnenden Schwächen des Markts. Schröders Glück ist, dass die Arbeitslosigkeit teilweise verdeckt wird von außenpolitischen Krisen und dem unprofessionellen Auftreten der bürgerlichen Opposition. Das Bündnis für Arbeit lahmt. Die Regierung Schröder setzt – ähnlich der Regierung Kohl in ihrer Schlussphase – auf die klassische Wachstumslogik und bemüht sich nach Kräften die
40 Angebotsseite zu stärken. Die eingeleitete Steuerreform berücksichtigt zwar auch die Nachfrage, führt allerdings keinesfalls zu einer echten Umverteilung von oben nach unten, welche jetzt nötiger denn je ist. Die teilweise Privatisierung der Sozialversicherung unter dem Schlagwort „Eigenverantwortung“ sorgt für eine massive Umverteilung zugunsten von Kapitalbesitzern, Banken und Versicherungen.
45 Das Ausbleiben einer verfassungskonformen aber wirksamen Besteuerung von Erbschaften und Vermögen ist ein weiterer Beleg des unzureichenden Reformwillens.

Trotz dieser auf Marktlogiken vertrauenden Politik sind die groben Linien der Schröderschen Politik von einem konturenlosen Pragmatismus geprägt: Vorgestern

Blair/Schröder-Papier, gestern Holzmann-Rettung, heute Politik der ruhigen Hand, morgen Militärschläge, übermorgen Investitionsprogramme. Dies jedoch erweckt weder den Eindruck, dass die neue Regierung ernsthaft an politischen Projekten arbeitet, noch vermittelt es Orientierung. Die 97er Shell-Studie bringt es auf den Punkt: "Politiker und Parteien erscheinen so als die 'Erfüllungsgehilfen' der Wirtschaft und Industrie und von daher über alle Parteigrenzen hinaus austauschbar." (Jugendwerk der Deutschen Shell 1997, S. 49). Die vielfach bestätigte und anhaltende Distanz zwischen Jugend und "denen da oben" - also auch unterschiedslos gegenüber der gesamten "politischen Klasse" - wird sich weiter verfestigen. Eine regierende Sozialdemokratie, die keine klare Orientierung vermittelt und die Interessen der jungen Generation auch gegen andere organisierte Interessen durchsetzt, provoziert entweder linke und rechte politische Formierungen gegen sie, oder - und dieses Szenario ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt realistischer - befördert die Entpolitisierung und die Zunahme von individualistischen Lösungen.

Der Juso-Verband

Ausgangslage

Im Juso-Verband bilden sich Lager mittlerweile in erster Linie in Abgrenzung zu anderen innerverbandlichen Lagern oder Personen. Gesellschaftliche Individualisierung findet im Juso-Verband ihre Entsprechung in von persönlichen Animositäten und Befindlichkeiten geprägten recht kurzlebigen Freund-Feind-Bildern. Ein ernster politischer Kern ist dahinter selten feststellbar. Die innerverbandlichen Strömungen haben ihre ideologische Konsistenz eingebüßt und werden zunehmend durch politisch beliebige aber "machtpolitisch" motivierte Cliques ersetzt. Abgrenzung erfolgt durch symbolische Kampfbegriffe und eine Kultur der Denunziation. Die Folge dieses entpolitisierten und massiv personalisierten Lagerdenkens verhindert eine qualitative Auseinandersetzung über die Grundlagen und die Ausgestaltung eines modernen Sozialismus. Es drängt sich der Verdacht auf, dass einige FunktionärInnen mit dieser zunehmend realitätsferner werdenden Juso-Welt relativ zufrieden sind - sie vermittelt Sicherheit, soziale Anerkennung und eingebildete Macht. Gerade kreative und querdenkende Jugendliche finden so immer weniger den Weg zu den Jusos oder werden schnell vergrault.

Eine solche Auseinandersetzung ist dazu alles andere als einfach geworden. So haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse – trotz oder gerade wegen Rot-Grün – nicht zugunsten sozialistischer Kräfte verschoben.

Aufgabe eines modernen sozialistisch-feministischen Richtungsverbandes, welcher der Juso-Verband auf dem Papier noch ist, ist es, die kapitalistische Produktionsweise, ihre Krisenhaftigkeit und ihre Herrschaftsstrukturen zu analysieren und in Reflexion darauf eine sozialistische Alternative zu formulieren und Reformschritte zu entwickeln.

Die Arbeit der Jusos ist häufig zu einem Nebeneinander geworden. Nebeneinander dabei weniger von Strömungen, Richtungen und Gruppierungen, sondern von Organisationsgliederungen. Die Bezirke koexistieren nebeneinander, ebenso der Bundesverband und häufig auch der Landesverband, selbiges gilt für die Unterbezirke. Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten müssen wieder spürbar werden und in gemeinsames Handeln umschlagen.

Trotz vieler punktueller Erfolge ist eine durchgreifende Erneuerung des Juso-Verbandes über die Thematisierung von Einzelforderungen hinaus (Ausbildungsumlage) in den letzten Jahren nicht gelungen. Vor allem die neoliberale Standortdebatte der 90er Jahre hat den Verband immer wieder auf eine Rolle als "Aufklärer" zurückgeworfen. Aus der Forschung über die Bildungsarbeit der Gewerkschaftsjugend ist bekannt, dass allzu platte Bestrebungen, Jugendliche über "den Klassengegensatz" aufzuklären, wenig hilfreich und z.T. kontraproduktiv sind, weil sie sich an den Alltagserfahrungen brechen. Spätestens das Scheitern von Oskar Lafontaine hat zum Ausdruck gebracht, dass eine Aufklärung von der Kanzel ohne Bezugnahme auf die konkreten Lebensrealitäten nicht funktioniert. Jede seiner Reden glich einer universitären Vorlesung "Einführung in die Makroökonomie I". Die Erläuterung der Funktionsweise von Finanzmärkten sowie volkswirtschaftlicher Kreislaufo Zusammenhänge ist nun einmal schwer massengängig und daher nicht zuletzt über Medienkampagnen angreifbar.

Die berühmte "Doppelstrategie" wird mittlerweile vollkommen entstellt als Verbindung von innerparteilicher Auseinandersetzung und Bündnisarbeit interpretiert. Im Kern ging es jedoch darum, im Lebensalltag Bewusstsein für erforderliche Reformen zu schaffen und den gesellschaftlichen Druck in die SPD zu tragen, wörtlich hieß es:

"Die Jungsozialisten gehen davon aus, dass die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft außer im Produktionsbereich (Betriebe) auch im Reproduktionsbereich (Wohnen, Bildung, Erholung, Verkehr) auftreten und damit auch hier Inhalt einer Politik im Interesse der werktätigen Bevölkerung sein müssen. Diese Widersprüche zwischen

- *den Interessen der Kapitalverwertung einerseits (hohe Mieten, Bildung nur mit dem Ziel hoher Arbeitsleistung, für den Verbraucher unwirtschaftliche Konsumgüter) und*
- *den kollektiven Bedürfnissen der Betroffenen andererseits (niedrige Mieten, Bildung mit dem Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen, Kommunikation statt Konsumfetischismus) sind der Ansatzpunkt für die Doppelstrategie in der Kommunalpolitik.*

Die praktisch erfahrbaren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind die Ansätze für systemkritisches Bewusstsein. Damit sich Bewusstsein in praktischen Veränderungswillen fortsetzt, genügt es nicht, verbale Aufklärung zu betreiben: es muss die praktische Veränderbarkeit der Verhältnisse erfahrbar gemacht werden. Dieses wird letztlich nur in der Selbstorganisation der jeweils Betroffenen erreicht.

Die Doppelstrategie stellt den Jusos die Aufgabe

- *auf der einen Seite: punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren und deren Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten;*
- *auf der anderen Seite: durch den so entstehenden Druck die Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen."*

(Juso-Bundesverband 1976: Strategiethesen der Jusos, These 53, Juso-Bundeskongress-Beschluss 1971)

Ende der 80er Jahre wurde die Doppelstrategie unter der Überschrift der *jugendpolitischen Orientierung* in Bezug zur Generationenformierung gesetzt. "Die jugendpolitische Orientierung ist der Versuch, unter den heutigen Bedingungen den Generationenwechsel zu beeinflussen und die gemeinsamen Interessen und Ansprüche von Jugendlichen in den Vordergrund zu rücken. Hierfür gibt es zwei strategische Eckpfeiler: Erstens müssen vordringliche reformpolitische Sofortmaßnahmen in den Vordergrund gerückt werden, um der sozialen Aufspaltung und Abdrängung von Jugendlichen zu begegnen (Soziale Mindestabsicherung, Beschäftigungsprogramme, Umlagefinanzierung, Quotierung u.a.m.). Zweitens lässt sich der Kampf gegen die soziale Spaltung der zukünftigen Lohnabhängigen nur führen, wenn wir zugleich die Auseinandersetzung um die zukünftigen Arbeits- und Lebensperspektiven aufnehmen, an den entwickelten Ansprüchen von Jugendlichen ansetzen und auch jene einbeziehen, die über vergleichsweise gesicherte Perspektiven in den modernen Sektoren der Industrie und der Dienstleistungen verfügen." (Kremer / Möbbeck 1987: 320).

Dieser Ansatz wurde Mitte der 90er Jahre ergänzt um die *kampagnenpolitische Orientierung*. "Es geht dabei um nichts anderes als um die produktive Verbindung der Mobilisierung von lernenden und arbeitenden Jugendlichen für gemeinsame soziale Interessen auf der einen Seite und die Entwicklung von durchschlagenden Aktions- und Arbeitsformen im eigenen Jugendverband. Die Öffnung zur realen Welt der sozialen Kämpfe und Kompromisse im Jugendalltag entlang zentraler Reformfelder bildet daher den Kern der kampagnenpolitischen Orientierung." (Juso-Bezirk Hannover 1995)

Der Juso-Bundesverband bündelt die nach wie vor aktuellen strategischen Zielsetzungen unter dem Begriff der *lebenspolitischen Orientierung*. Die *lebenspolitische Orientierung* ist erstens der Versuch, die klassischen Anliegen einer sozialistischen und gewerkschaftlich orientierten Politik (die davon ausgeht, dass ein großer Teil der jungen Generation später lohnabhängig beschäftigt sein wird) auf neue Formen der Arbeit und die konkreten Alltagserfahrungen und -widersprüche zu beziehen. Die *lebenspolitische Orientierung* ist zweitens eine "erweiterte Kampagnenorientierung", da sie davon ausgeht, dass der Erfolg von Kampagnen immer weniger im engen Korsett des eigenen Verbandes oder als Bündnisarbeit der klassischen Organisationen gedacht werden kann, sondern eng verzahnt werden muß mit Aktivitäten in neuen Netzwerken und Organisationsformen und dem Alltagsleben.

40 **Bezirk Hannover**

Viele Jusos haben sich nach zum Teil heftigst personalisierten Auseinandersetzungen, irrational erscheinenden Entscheidungen, persönlichen Differenzen oder auf Grund politisch veränderter Schwerpunktsetzungen aus dem Juso-Verband zurückgezogen. Gerade im Bezirk Hannover ist dieser Prozess in den letzten dreieinhalb Jahren in besonders dynamischer Art und Weise vonstatten gegangen. Der Juso-Bezirk Hannover ist auch in Folge dessen von einem massiven Generationenwechsel gekennzeichnet, dabei handelt es sich nicht um einen gewöhnlichen

Generationenwechsel, sondern einen derart schnellen Wechsel, dass hierbei vielfältige Potenziale verloren gehen und nicht mehr weitergegeben werden.

Aufgabe des Juso-Bezirks muss es sein, diesen Generationenwechsel so zu begleiten, dass positive Ansätze weitergegeben werden, Diskussionsansätze vermittelt und kritisch hinterfragt und ein Handwerkszeug zur Analyse der Gesellschaft und zur Gestaltung von Politik vermittelt wird.

Die personellen wie organisatorischen Grundlagen, auf denen wir unsere Politik gestalten wollen, sind anders als vor vier Jahren. Mehr als zuvor brauchen wir eine klare Konzentration auf wenige, dafür aber strategisch zentrale Projekte.

Querschnittsaufgabe Wahlkampf 2002

Der weitgehend ausgebliebene Politikwechsel 1998 und die scheinbare Alternativlosigkeit zur Regierung Schröder und die Notwendigkeit für diese Regierung vor dem Hintergrund eines Kanzlerkandidaten Stoiber Wahlkampf zu machen, sind die Rahmendaten, vor denen Jusos 2002 Politik machen.

Kurzfristig ergibt sich mit der Bundestagswahl die Möglichkeit, den Juso-Verband wieder stärker zusammenzuführen und wieder auf die entscheidenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzustellen. Dabei steht im Mittelpunkt die Frage, wie wir in Zukunft arbeiten und leben wollen.

Die Bundestagswahl muss genutzt werden, um wieder die Gemeinsamkeiten des politischen Handelns herauszustellen. Hierzu gehört es, auf der Ebene des Bezirks Ansätze lokaler Kampagnen zu bündeln und zu den wesentlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungslinien eigene Lösungsansätze aufzuzeigen.

Wir sind uns darüber bewusst, dass sowohl Bundes- als auch Landtagswahlkampf keine Wahlkämpfe sein können, in denen wir uns mit der letzten Entschlossenheit für die Rot-Grüne Bundesregierung engagieren können, denn die Bilanz zeigt sehr viel Schatten. Im Bezirk Hannover haben eine Reihe von Unterbezirken 1998 ein Flugblatt eingesetzt, welches wesentliche Essentials unsererseits benannt hat. Davon erfüllt worden sind:

- Die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Der grundsätzliche Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie

Nicht erfüllt wurde:

- Die wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit
- Eine angemessene Besteuerung von Erbschaften und Vermögen
- Die Beteiligung nichtausbildender Unternehmen an den Kosten der Ausbildung (Umlagefinanzierung)

Wir sind uns darüber bewusst, dass es kein Leichtes ist, voll für die SPD einzustehen, aber wir sind uns auch im Klaren darüber, dass eine Reformpolitik in unserem Sinne überhaupt nur mit der SPD möglich sein wird und dass jedwede konservativ geführte Regierung Schlimmeres anrichten würde.

Unsere zentrale Aussage zur Bundestagswahl muss daher eine deutliche Absage an die Stoibers und Schills, die das politische Klima im Wahlkampf mit dumpfen Parolen

und Ressentiments aufheizen wollen, sein. Dazu gehört auch eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit Bundesinnenminister Otto Schily über die Reglementierung von Zuwanderung und das Recht auf die Wahrung eines selbstbestimmten Lebens in Zeiten einer wachsenden Überwachung durch den Staat.

5 Wir wollen mit einem eigenständigen Beitrag den Vormarsch von Demagogen stoppen, zugleich aber unseren Anspruch an eine wirkliche Einleitung von Reformpolitik deutlich machen.

Ähnlich wird es sich zur Landtagswahl darstellen. Auf der Landesebene ist es in erster Linie die völlig verfehlte Bildungspolitik des Wissenschaftsministers, unter der wir schwer zu tragen haben. Wir werden im Landesverband eine gemeinsam abgestimmte Kampagne der Jusos Niedersachsen entwickeln.

Umsetzungsschritte unserer Wahlkampfarbeit:

- 15 • Veranstaltung zur Einordnung der Rolle der Jusos im Bundestags- und Landtagswahlkampf Mitte des Jahres
- Bezirksweiter Wahlkampfworkshop
- Auftakt- und Vernetzungskonferenz im Umfeld der Sommerferien zu Material- und Ideenböse
- 20 • Die Internetplattform muss um ein funktionsfähiges Angebot, das schnellen Austausch ermöglicht, ergänzt werden.
- Mobilisierung zum Aktionstag „Her mit dem schönen Leben“ der Gewerkschaftsjugend in Köln
- In den heißeren Phasen der Wahlkämpfe ein eigenständiger wöchentlicher Newsletter per eMail mit aktuellen Infos, Terminen und Argumenten.

25

Felder des politischen Handelns

Entlang des Widerspruchs zwischen kapitalistischen Profitdenken und abhängiger Erwerbsarbeit und des Widerspruchs zwischen Männern und Frauen haben sich vielfältige Konfliktlinien ausgebildet, nicht alle lassen sich dabei eindeutig auf diesen Konflikt zurückführen. Aufgabe eines sozialistisch-feministischen Richtungsverbands ist es, diejenigen Projekte herauszufiltern und umzusetzen,

- an denen längerfristige gesellschaftliche Auseinandersetzungen offenkundig sind,
- die die Zielgruppe unseres politischen Handelns erreichen und
- 35 - in denen Veränderungen möglich sind, insbesondere in denen ein Kurswechsel innerhalb der Sozialdemokratie uns nötig und in einigen Teilen auch möglich zu sein scheint.

Unsere allgemeinen Anforderung an unsere politischen Themenfelder sind:

- das Einbeziehen von Juso-externen ReferentInnen
- eine klare Zielperspektive
- 40 • Dezentrale Fachtagungen mit möglichst großer Außenwirkung
- Seminare zur Qualifikation und Positionsentwicklung

Im Mittelpunkt stehen für uns die nachfolgenden Themenfelder:

45

Projekt „Die Zukunft der Arbeit“

Wie soll eine Gesellschaftsordnung ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit organisieren? Wie kann Arbeit und Familie miteinander in Einklang gebracht werden?

Was wollen wir in Zukunft produzieren? Wie verhindern wir es, dass sich die einen kaputt schuften und andere von der Erwerbsarbeit gänzlich ausgeschlossen sind? Wie verteilen wir die Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen gerecht auf? Welcher Beschaffenheit muss ein Sozialsystem sein, welches dies absichert? Entlang solcher Fragestellungen müssen längerfristige Lösungsansätze diskutiert, konkretisiert und formuliert werden.

Ein solches Projekt soll auf einer Auftaktveranstaltung aufbauen und in zwei bis drei Seminaren zeigen, wie modern sozialistische Positionen sind, ebenso die Notwendigkeit von Sozialismus als Antwort auf die Probleme des 21. Jahrhunderts.

Es folgt eine für drei Seminarveranstaltungen ausgelegte Gliederung, die Arbeit, Kapital und Zukunft getrennt voneinander als Schwerpunkte je eines Wochenendseminars betrachtet:

- **Die Arbeit:** das Proletariat ist in der Dienstleistungsgesellschaft nicht verschwunden, es hat lediglich einen Transformationsprozess erfahren, an dessen Ende sein Zustand schlimmer als je zuvor ist: War im industriellen Zeitalter die Ausbeutung der ArbeiterInnen durch das Kapital oft nur physischer, so ist sie nun fast ausschließlich psychischer Natur. Statt gemeinsam für die Verbesserung des eigenen Loses zu kämpfen, sind im 21. Jahrhundert die Individuen stärker als bisher darauf bedacht, ihren/seinen eigenen Vorteil gegenüber der/dem anderen zu sichern, ihre/seine eigene Arbeitskraft attraktiver als die der/des anderen zu machen. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind die Stichworte, die neben Beschäftigungssicherung, betrieblicher Mitbestimmung und Berufsqualifizierung den Aspekt Arbeit inhaltlich kennzeichnen sollten. Hier muss es Ziel sein, SeminarteilnehmerInnen Zusammenhänge aufzuzeigen, sie zur Diskussion anzuregen, sie mit bestehenden jungsozialistischen und gewerkschaftlichen Konzepten vertraut zu machen sowie sie eventuell eigene Positionen entwerfen zu lassen.
- **Das Kapital:** der vielfach verschmähte Karl Marx prophezeite bereits vor 150 Jahren eine Entwicklungstendenz des Kapitals zum Monopol. Die gegenwärtigen Oligopole in Stahl-, Automobil-, Treibstoff-, Flugzeug- und Lebensmittelindustrie zeigen, dass Sozialismus aktueller denn je ist. Entwicklungen von Großkonzernen zu pseudostaatlichen Institutionen bei gleichzeitigem Verlust der Einflussmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen, das Stützen ihrer Rechte sowie weltweite Zusammenhänge am Beispiel des Nord-Süd Konflikts sollten den SeminarteilnehmerInnen näher gebracht werden. Ziel muss es sein, ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass dritte Wege à la Blair und Schröder die falschen Antworten sind und es hier mehr Verlierer als Gewinner geben wird. Der Projektteil Kapital soll sich auf aktuelle marxistische Positionen beziehen und statt polemischer Verdammung des Kapitals nüchtern aufzeigen, dass es sich bei Kapital und Proletariat um „Charaktermasken“ handelt, die ihre jeweiligen Rollen durch die bestehende Produktionsweise aufgenötigt bekommen. Zum einen subtil, zum anderen aber wissenschaftlich sachlich soll deutlich werden, dass der Kapitalismus in sich falsch ist und dass es nach einer Alternative zu ihm bedarf.
- **Die Zukunft:** der letzte Teil des Seminars dient der Zusammenführung der in den beiden vorangegangenen Teilen erarbeiteten Positionen. Hier muss darauf geachtet werden, dass auch der letzte Teil Neuankömmlingen die Möglichkeit zur Mitarbeit gibt. Daher sollte als Grundlage dieser Veranstaltung ein Reader mit den Ergebnissen der beiden anderen vorliegen. Die gewonnenen Erkenntnisse sind auf dem letzten Seminar eventuell Grundlage einer gesellschaftspolitischen

Diskussion. Fragen wie die Gestaltung individueller Lebensentwürfe und deren Hindernisse in Form von sexistischen, rassistischen oder gesellschaftlichen Barrieren könnten hier in Zusammenhang mit der vorherrschenden Produktionsweise und ihren Auswirkungen auf die Menschen diskutiert werden. Ansonsten sollen hier noch einmal die Inhalte der beiden anderen Seminare wiederholend vertieft und angerissene Diskussionen aufgegriffen werden.

Schritte zur Umsetzung:

- Fachtagung Zukunft der Arbeit Mitte des Jahres
- Zwei bis drei inhaltliche Seminare zu Fragestellungen der Zukunft von Kapital und Arbeit
- Zusammenstellung eines Readers
- Eine Grundlagenschulung in politischer Ökonomie
- Erstellung eines umfassenden Antrags zur Bezirkskonferenz 2003, inklusive entsprechender Diskussion im Vorfeld in den Unterbezirken

Neuer Internationalismus

Umsetzungsschritte:

- Fachtagung Nord-Süd in der Jahresmitte
- Vorbereitung einer Kampagne zu 0,7%-Initiative. Diese Kampagne soll Beitrag der Jusos im Bezirk Hannover zur Vorbereitung des IUSY-Festivals 2003 sein.

Bildungsreform

Mit dem Abschluss der Diskussion um das Niedersächsische Hochschulgesetz und die Schulstrukturreform noch vor der Bundestagswahl 2002 wurden Fakten geschaffen über die Zukunft des Bildungssystems. Im Mittelpunkt stand dabei allein die ökonomische Verwertbarkeit. Entsprechend wurde von effizienten Strukturen und dem populistischen Erfassen von Stimmungen in der Bevölkerung der Rahmen abgesteckt. Ein Ansatz zur Verbesserung der Aufstiegschancen für breite Teile der Gesellschaft und einer hiermit verbundenen Entwicklung der Produktivkräfte, wie es der historische Kompromiss der ersten Bildungsreform zu erreichen suchte, wird ausgeblendet. Der Einstieg in die nächste Stufe zur Einführung allgemeiner Studiengebühren ist ein weiterer fataler Schritt in Richtung Entsozialdemokratisierung der Sozialdemokratie. Die Lücke zwischen der SPD und ihrer potenziellen WählerInnenschaft wird durch solche Fehlentscheidungen sichtlich größer.

Alternativen zur real existierenden Sozialdemokratie der Gegenwart ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite jedoch stellt konkrete Fragen nach den Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort von dem, was auf der Landesebene beschlossen ist. Gerade hierin liegende Fragen bieten eine Möglichkeit des Zusammenführens des kommunalen Engagements vieler Jusos mit darüber hinausgehenden Vorstellungen. Die Öffnung der Schulen zu ihrem sozialen Umfeld, die Realisierung der Sekundarschule oder die Ausgestaltung der Ganztagschule finden vor Ort statt.

Berufliche Bildung und die zukünftige Gestaltung von Weiterbildungsphasen sind die weiteren Eckpunkte, welche sich in einem engen Wechselverhältnis zwischen kommunalen Handlungsperspektiven, gesellschaftlichen Prozessen und

konzeptionellen Handelns liegen. Hierin besteht die Möglichkeit für einen Bezirk wieder eine Scharnierfunktion einzunehmen.

Umsetzungsschritte:

- 5 • Notwendige Unterstützung für eine bezirksweite SchülerInnenkoordination
- Notwendige Unterstützung der Hochschulgruppen, die ihrerseits im Landesverband eine sinnvolle und effektiv arbeitende Vernetzungsebene selber geschaffen haben
- 10 • Vernetzungsfachtagung zur Umsetzung der Schulreform mit Juso-MandatsträgerInnen, möglichst in Kooperation mit dem Landesverband, im Winter 2002/2003
- Arbeit des Vorstands: zu folgenden zentralen Fragenstellungen sind Antwortmöglichkeiten vorzulegen:
 - 15 • Welche Eingriffsmöglichkeiten in den sozialdemokratischen bildungspolitischen Eifer haben wir und wie können wir diese öffnen?
 - Wie verankern wir die Stärkung der Partizipation der in Ausbildung befindlichen?
 - Welche Konzepte einer kommunalen Strategie zur Bildungsreform können wir übertragen und gemeinsam zuspitzen?

20

Allgemeine Arbeitsaufträge an den Vorstand und die Unterbezirke

25 Mit der Kommunalwahl 2001 werden infolge des zwangsläufigen Generationenwechsels in der SPD Jusos in größerer Zahl als bisher in Mandate und Funktionen rücken. Ihnen gemein ist die Tatsache, dass sie jung sind und dass sie verglichen mit früheren Juso-Generationen recht einfach zu MandatsträgerInnen geworden sind. Dies ist per se ein gutes Potenzial, um sozialistische Politik auch umzusetzen. Schwierigkeiten bereitet jedoch die Definition des modernen

30 Sozialismus, er verbindet nicht mehr auf der Ebene eines gemeinsamen politischen Projektes und erst recht nicht auf kommunalpolitischer Ebene. Genau an dieser Stelle lahmt auch die Strategiedebatte. Jusos müssen sich stärker bewusst werden, wofür sie Politik machen und welches die langfristige Antriebsfeder für politisches Engagement ausgerechnet bei Jusos beziehungsweise in der SPD ist. Die

35 Anforderung an eine zukünftige Gesellschaft muss wieder erfahrbare Grundlage politischer Projekte und Kampagnen der Jusos werden.

Die Arbeit des Juso-Bezirks beziehungsweise des Landesverbands muss als eine strategische Ebene verstanden werden, welche versucht, einerseits Netzwerkstrukturen zwischen jungen MandatsträgerInnen aufzubauen, andererseits

40 aber die wesentlichen Elemente eines sozialistischen Projekts entwickelt und dies miteinander zu einem stimmigen Gesamtprozess verbindet. Dies wird eine längerfristige Aufgabe sein.

Der Kitt der politischen Arbeit eines Verbandes muss die Vermittlung und Diskussion sozialistischer Grundlagen sein. Hierzu gehört eine kritische Reflexion und eine

45 weiterführende Diskussion über den modernen Sozialismus. *"Der moderne Sozialismus ist weiter nichts als der Gedankenreflex dieses tatsächlichen Konflikts [zwischen Kapital und Arbeit], seine ideelle Rückspiegelung in den Köpfen zunächst der Klasse, die direkt unter ihm leidet, der Arbeiterklasse" (MEW 19:211).* Das Handwerkszeug, welches es erst möglich macht, diese Reflexion zu betreiben, muss

wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden; es dient dazu, längerfristig politikfähig zu sein als nur bis zum nächsten Wahltag.

Der Vorstand wird im Rahmen seiner politischen Arbeit sicherstellen:

- 5 • die Vernetzung der politischen Arbeit der Projekte und Unterbezirke
- den organisatorischen Rahmen liefern
- den Bundeskongress und die Landeskonferenz mit der jeweiligen Delegation ausgiebig vorbereiten
- 10 • Vorbereitung einer gemeinsamen Tagung der Arbeitsgemeinschaften (insbesondere AfA, AsJ, AsF, 60+, Jusos) im Frühjahr 2003. Die thematischen Schwerpunkte sollen mit Blick auf den Bezirksparteitag 2003 ausgerichtet sein und die Themen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik umfassen. Mit diesem Kongress soll öffentlich inszeniert politischer Druck auf Bezirksvorstand, Landespartei und Landtagsfraktion aufgebaut werden.
- 15 • Antworten zu nachfolgenden strategischen Fragen im Rahmen eines Strategie- und Grundsatzpapiers zur Diskussion zu stellen und der nächsten ordentlichen Bezirkskonferenz vorzulegen:
 - An welchen gesellschaftlichen Leitbildern wollen wir uns für die nächsten zehn Jahre orientieren?
 - 20 • Welche Bezüge aus der Geschichte und aus den Grundwerten Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit heraus können wir zur Politik der Sozialdemokratie und zu unserer eigenen Politik herstellen.
 - Wie entwickelt sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung in der Zukunft und welche Auswirkungen hat dies auf die Klassenlandschaft?
 - 25 • Auf welche gesellschaftlichen Milieus wird sich ein neues sozialdemokratisches Reformkonzept stützen können?
 - An welchen Stellen können Jusos politische Auseinandersetzungen organisieren?
 - Welche originären Stärken und die Grenzen bringt ein (partei-)politischer
 - 30 Jugendverbänden mit?

Der Weg dazu

35 Der Weg zu diesen Projekten und Ideen führt über massive Veränderungen auf der personellen Seite. Es kann dabei nicht darum gehen, einen Verband um seiner selbst willen zu führen oder gar zu homogenisieren. Allerdings entsagen sich mit zunehmender Beliebtheit und Gleichgültigkeit immer mehr Aktive, die hungrig waren, für ein sozialistisches Projekt bei den Jusos zu streiten. Dieser Prozess wird

40 mittel- bis langfristig nicht nur den Jusos schaden, deren Existenz im gesellschaftlichen Raum gegenwärtig wohl weitgehend entbehrlich sein dürfte, sondern dieser Prozess gefährdet mittel- bis langfristig die Zukunftsfähigkeit einer Linken innerhalb der SPD und somit einer relevanten Perspektive auf strukturelle Veränderungen innerhalb der bundesrepublikanischen Kapitalismuswirklichkeit.

45 Hieraus müssen Schlüsse für das Handeln von JungsozialistInnen gezogen werden, denen es um die Sache und nicht allein um die Existenz des Verbands oder der Besetzung von Funktionen geht.

Vorauszusetzen ist daher für die Beteiligung an exponierter Stelle innerhalb des Juso-Bezirks unter anderem die Bereitschaft, die anstehende Arbeit innerhalb von

- 5 kürzester Zeit transparent anzugehen, um einen weitreichenden inhaltlichen wie personellen Aufbau der Jusos im Bezirk zu ermöglichen. Der Bezirksvorstand muss sich seiner Verantwortung gegenüber dem Verband bewusst sein und gegen jede Bestrebung der Mutterpartei, Politik auf Kosten der zukünftigen Generationen zu machen, entschlossen und offen angehen. Die Arbeit des Bezirksvorstands muss vor allem auch nach außen wirken, so dass der Juso-Bezirk auch in der Öffentlichkeit wieder wahrgenommen wird. Nicht zuletzt muss ein intensiver Dialog zwischen der Bezirksebene und den anderen Ebenen des Juso-Verbands erfolgen, um voneinander profitieren zu können.